

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gul. Ad. Schles. Hofflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr. Ecke,
Otto Liebisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
E. Fontane
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 165

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 4. März. Der König hat genehmigt, daß der Landgerichts-Direktor Jenisch in Ostrowo in gleicher Amtsgegenwart an das Landgericht in Bromberg verlegt werde; ferner den Gerichts-Assessor Thomaszowski in Berlin zum Amtsrichter in Tribel, den Gerichts-Assessor von Jumetti in Nemisch zum Amtsrichter in Johannishburg, den Staatsanwalt Fuchs in Kreuzburg O.-Schl. zum Landrichter in Graudenz, den Gerichts-Assessor Dr. Cohn im Dirschau zum Amtsrichter in Mewe, den Gerichts-Assessor Dr. Mangelsdorff in Graudenz zum Amtsrichter in Kulm, den Gerichts-Assessor Marx in Striegau zum Amtsrichter in Rosenburg O.-S., und den Gerichts-Assessor Drentmann in Beuthen O.-S. zum Amtsrichter in Leschnitz ernannt, sowie dem Gerichtskassen-Rendanten Uhlrandt in Stettin den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Deutschland.

L. C. Berlin, 4. Febr. Das Telegraphenmonopolgesetz hat der Reichstag in zweiter Lesung nach einigen Fährlichkeiten, die die Folge der chronischen Beschlüfsunfähigkeit waren, glücklich, d. h. im Sinne des Staatssekretärs v. Stephan, zu Stande gebracht; aber zwischen der zweiten und dritten Lesung werden sich Alle, denen es Ernst damit ist, der Entwicklung der Elektrizität zu Gunsten der Städte, des Handels u. s. w. die Bahn frei zu halten, darüber klar werden müssen, ob es bei den bisherigen Beschlüssen sein Bewenden haben kann. Die Anträge Bödiker konnte Herr v. Stephan ruhig annehmen; sie haben für die elektrische Industrie gar keine Bedeutung. Der Fall, daß die Reichstelegraphenverwaltung mit ihren Anlagen später kommen wird, als die elektrische Industrie, wird selten eintreten, weil die erstere fast überall schon jetzt die Vorhand hat. Aber ganz abgesehen davon, hat die Reichsverwaltung ein unfehlbares Mittel in der Hand, Kollisionen dieser Art zu verhindern. In der Anlage zum Kommissionsbericht ist ja der Birkularerlaß der Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten vom 16. März 1886 mitgetheilt, auf Grund dessen die Polizeibehörden angewiesen worden sind, „die zur ober- oder unterirdischen Durchführung von elektrischen Leitungen zu Beleuchtungs- u. s. w. Zwecken durch öffentliche Straßen, Wege und Plätze erforderliche Straßenebau- bzw. verkehrspolizeiliche Erlaubnis nicht zu ertheilen, ohne wegen der den jedesmaligen Umständen nach im Interesse der Reichspostverwaltung zu stellenden besonderen Bedingungen mit der beauftragten kaiserlichen Oberpostdirektion in Verbindung getreten zu sein.“ Aus der dem Reichstage zugegangenen Petition des Breslauer Magistrats ist bekannt, daß die Postverwaltung die Hilfe der Polizei auch zu dem Zwecke in Anspruch nimmt, die Anlage von Starkstromanlagen, d. h. elektrischen Anlagen zu Beleuchtungs- u. s. w. Zwecken auch in denjenigen Straßen und Plätzen zu kontrollieren, wo staatliche Leitungen überhaupt noch nicht vorhanden sind. Sie hat es also in der Hand, zu verhindern, daß sie als die später Kommende zur Tragung der Kosten, welche der Schutz der Leitungen notwendig macht, verpflichtet werden könnte. Mit der Annahme der Bödikerschen Anträge ist also im Sinne der Petitionen, welche alle größeren Städte Preußens und eine große Zahl bayerischer Städte an den Reichstag gerichtet haben, gar nichts gethan. Staatssekretär v. Stephan hat freilich den Versuch gemacht, insbesondere in dem Breslauer Falle die Verantwortlichkeit auf die Polizei abzuwälzen; aber die Polizei hat doch nur auf Veranlassung der Postverwaltung gehandelt. Leider haben eine Anzahl von Mitgliedern des Reichstags, die im Uebrigen den gutmütigen Versicherungen des Herrn Staatssekretärs nicht ohne Misstrauen gegenüberstanden, Bedenken gebracht, diesem Misstrauen auch durch ihre Abstimmung Ausdruck zu geben. So unglaublich es zu sein scheint, die Thatstache steht fest, daß der Reichstag nach einjähriger Berathung das Reichs-Telegraphenmonopol bestätigt hat, ohne die Verwaltung zu einer klaren und unzweideutigen Erklärung über die Rechte zu veranlassen, welche sie auf Grund dieses Monopols in Anspruch nehmen zu können glaubt. Herr Schrader hat aus den Protokollen der Kommission nachgewiesen, daß Herr von Stephan sich einmal in der Hitze des Gesetzes dazu hat verleiten lassen, zu behaupten, daß die Telegraphen-Verwaltung das Recht in Anspruch nehme, auf die Anlage anderer Leitungen Einfluß zu üben, daß er aber der Aufnahme dieser kompromittirenden Erklärung in den Kommissionsbericht widersprochen und sich auf die Erklärung zurückgezogen hat, die Verwaltung nehme nur die Rechte in Anspruch, die sie bisher schon besessen habe. Staats-Sekretär von Stephan ist die Antwort auf die Behauptung Schrader's schuldig geblieben. Noch in einem zweiten Punkte hat Herr Schrader dem Staats-Sekretär ein eigenhümliches „Misverständniß“ nachgewiesen. Letzten Freitag verlas Herr von Stephan Bitate aus Gesetzen auswärtiger Staaten, die für seine Auffassung

zeugen sollten, u. a. auch aus dem schweizerischen Bundesgesetz von 1889, wonach der eidgenössischen Verwaltung die Pläne für Starkstrom-Anlagen vorzulegen sind, damit dieselbe den Unternehmer zu der erforderlichen Maßnahme anhalten könne, um die staatlichen Anlagen gegen jede Gefährdung und Betriebsstörung sicher zu stellen. Daß das schweizerische Gesetz auch die Bestimmung enthält, daß dem Unternehmer von Starkstromanlagen die Kosten für solche Maßnahmen erlassen werden können, wenn es sich bei diesen Anlagen um ein öffentliches Interesse handelt, hat der Herr Staatssekretär dem Reichstage nicht mitgetheilt. Daß bei dieser Sachlage die Beschlüsse des Reichstags im Interesse der Sicherung der Entwicklung der elektrischen Industrie werthlos sind, haben auch solche Mitglieder, indirekt wenigstens anerkannt, die den freisinnigen Anträgen zuzustimmen sich nicht entschließen konnten. Sie glaubten aber sich mit der Aussicht auf das zweite, dem Bundesrat seit Jahresfrist vorliegende Gesetz über die elektrischen Anlagen trösten zu können. Schien doch nachträglich auch Staatssekretär v. Stephan den Erlaß dieses Gesetzes für dringlich zu halten. Selbstverständlich ist die Vertröstung auf das zweite Gesetz völlig eitel. Wenn der Reichstag das Telegraphengesetz, wie es jetzt lautet, auch in der dritten Lesung annimmt, so hat der Gesetzentwurf über die elektrischen Anlagen für die Postverwaltung jeden Werth verloren; im festen Besitz aller Rechte, die sie beansprucht, wird sie der Regelung der Voraussetzungen, unter denen elektrische Anlagen im übrigen errichtet werden dürfen, ruhig zusehen können. Will der Reichstag im Interesse der Städte und der elektrischen Industrie Bedingungen stellen, so muß er diese bei der Billigung des Monopols formuliren oder die Beschlussschrift über das Monopolgesetz bis zur Erledigung auch des Gesetzentwurfs über die elektrischen Anlagen ausschließen. Entweder — oder.

Über die Einführung eines Brandtwemmonopols soll nach dem „Berl. Tagebl.“ der Reichskanzler neuerdings in ernstliche Erwägungen eingetreten sein. Es sollen darnach bereits Versprechungen mit Männern aus den betreffenden Interessentenkreisen stattgefunden haben. — Wir halten, bemerkt dazu die „Frei. Ztg.“, zwar in diesen Zeitläufen allerlei Überraschungen für möglich, trauen aber dem Grafen Caprivi nicht zu, daß er die Unklugheit begehen werde, auf die unglücklichen Monopolprojekte seines Vorgängers zurückzugreifen.

Wie die „Schles. Volksztg.“ erfährt, bezog sich die kürzliche Anwendung auf das Fürstbischöfliche Kopf in Berlin nicht auf den Volksschulgelehrwurf, sondern allein auf kirchliche Anlässe, insbesondere auf den kirchlichen Notstand.

Königsberg i. Pr., 4. März. Seitens der hiesigen Universität dürfte, wie die „Königsb. Hart. Ztg.“ schreibt, ein Protest gegen den Volksschulgesetzentwurf nicht abgehen. Die größte Mehrzahl der Dozenten ist zwar gegen das Gesetz, indeß hat sich ein gemeinsames Vorgehen gegen dasselbe aus verschiedenen Gründen, wenigstens bis jetzt, nicht ermöglichen lassen.

Hamburg, 3. März. Die heutige Generalversammlung der deutschfreisinnigen Partei beschloß einstimmig folgende Resolution: „Der Verein der deutschfreisinnigen Partei für Hamburg spricht den liberalen Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses, welche den neuen Volksschulgesetzentwurf bekämpfen, seine lebhafte Sympathie aus und bittet sie, in ihrer entschiedenen Opposition gegen die Vorschläge der Regierung zu verharren.“

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 4. März. In der heutigen Sitzung der Volksschulkommission, in der der Abchnitt über die Aufbringung der Volksschullasten erledigt wurde, haben die Konservativen wieder einmal einen glänzenden Beweis ihrer Anpassungsfähigkeit gegeben. Die §§ 41 und 43 der Vorlage, welche sich auf die Verwendung der Schulstiftungen und des Sozialitätsvermögens beziehen, riefen eine lange und erregte Diskussion hervor. Der Goßlerische Entwurf hatte das Sozialitätsvermögen auf die Gemeinde als Träger der Volksschule übertragen. Die Bedritsche Vorlage beläßt es beim Alten, überträgt aber die Vertretung der Schulstiftung in rechtlicher Beziehung auf die Schulvorstände. Nur in dem Falle, wo der bisherige Schulbezirk in mehrere Schulbezirke getheilt wird, hat das Sozialitätsvermögen auf diejenige bürgerliche Gemeinde überzugehen, für deren Einwohner die betreffende Schule bestimmt war. In der vorjährigen Kommission hatten die Konservativen für die Übertragung der Stiftungen u. s. w. an die Gemeinden gestimmt, während das Zentrum dieselbe bekämpfte. Heute waren die Konservativen völlig umgewandelt und stimmten mit dem Zentrum für die Regierungsvorlage, ja sie brachten einen noch weiter gehenden Antrag ein, der die Bestimmung über die Theilung des Schulvermögens bei Theilung des Schulbezirks streichen wollte. Dagegen hatten die Freisinnigen, Nationalliberalen und Freikonservativen die Übertragung an die Gemeinde nach Abgabe der Goßlerischen Vorlage beantragt. Abgeordneter Korsch (toni.) vertheidigte die Vorlage als einen Schutz wohlberechtigter Vermögensinteressen. Abgeordneter v. Huene sieht in der Übertragung an die Gemeinden einen Strich durch wohlverworbene Rechte. Er sprach von Konfiskation des Vermögens und deklarierte, daß ein solches Gesetz zu sozialdemokratischen Konsequenzen führen müsse. Friedberg, Seyfarth, Ennecker stellten den Gleichnisswechsel der Konservativen in das hellste Licht. Es handelt sich lediglich darum, das Vermögen einer juristischen Person auf eine andere zu übertragen, so daß dasselbe noch besser als bisher

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Ind. Posse, Hasenlein & Vogler A. G.
G. L. Paape & Co., Juvalidentank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Sonnabend, 5. März.

Inserate, die schriftgepalte Petizielle oder deren Raum
in der Morgenansage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsansage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsansage bis 8 Uhr vermittelt, für die
Morgenansage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

dem ursprünglichen Zwecke dienen werde. Frhr. v. Beditz und Wessel nahmen eine mehr vermittelnde Stellung ein. Der Kultusminister erklärte, die neue Vorlage nehme allerdings einen anderen Standpunkt ein, als die Goßler'sche; das sei aber kein Vorwurf. Er verstehe es aber, wenn die Gegner der konfessionellen Schule an dem früheren Standpunkt festhielten. Das Stiftungsvermögen (etwa 7 Millionen Mark) sei entstanden durch Gelehrte, welche bei Todesfällen der Schule, nicht der Gemeinde gemacht seien. Schließlich wurde sowohl der freikonservative als der nationalliberale Antrag abgelehnt und §§ 41 und 43 nach der Regierungsvorlage bez. dem Antrag Bartels u. Gen. d. h. unter Streichung des letzten Absatzes von § 43 von der konservativ-klerikalen Mehrheit angenommen. Die §§ 42, 44—50 werden nach der Vorlage angenommen. Zu dem folgenden Abschnitt, der von der Verwaltung der Volkschulegelegenheiten und der Schulbehörden handelt, stellen die Freisinnigen, Nationalliberalen und Freikonservativen den Antrag, den ganzen Abschnitt an eine Subkommission zur Prüfung zu überstellen. Nächste Sitzung morgen.

Kassel, 4. März. Bei der Reichstagswahl im hiesigen Kreise wird die Zentrumspartei an Stelle des bisherigen Abgeordneten Dr. Franz den Landtagsabgeordneten Conrad als Kandidaten aufstellen.

Verteilliches.

Aus der Reichshauptstadt. Über die letzte Versammlung von Anarchisten und unabhängigen Sozialisten berichtet die „Volksztg.“: Eine sehr lebhafte Debatte über die Frage der Organisation fand am Donnerstag Abend zwischen Anarchisten und „unabhängigen Sozialisten“ in einem in Orschels Saal (Sebastianstraße 39) stattgehabten von etwa 250 Personen besuchten Versammlung statt. Die Versammlung, die von den „unabhängigen Sozialisten“ einberufen war, wurde von dem Schriftsteller Eugen Ernst geleitet. Es äußerte sich zunächst Maler Lieck: Nachdem auch in den Reihen der „unabhängigen Sozialisten“ eine Spaltung sich vollzogen hat, indem ein Theil zu den Anarchisten übergegangen ist, drängt sich den unabhängigen Sozialisten die Notwendigkeit auf, sich zu organisieren. Es ist dies um so notwendiger, da die unabhängigen Sozialisten von rechts und links, d. h. sowohl von der offiziellen sozialdemokratischen Partei, als auch von den Anarchisten in äußerster Weise und nicht immer mit sauberem Wasser angegriffen werden. Mit autonomen Gruppenbildungen kann nicht das Geringste erreicht werden; wenn es einmal zur Aktion kommt, dann müssen die Massen organisiert sein. Wir wollen uns aber auch nicht nach Art der offiziellen sozialdemokratischen Partei organisieren, sondern nur eine ganz lose Zentralisation schaffen, indem wir für jeden Wahlkreis einen Vertrauensmann wählen, der die Gelder sammelt, Versammlungen einberuft und dafür sorgt, daß auch der „Sozialist“ (Organ der „Unabhängigen“) mehr als bisher in die Massen dringt. Wir wollen keine Zentralisation, die eine Diktatur im Gefolge hat, wir wollen keinen Vorstand auf Lebenszeit wählen, wir müssen aber einmal bestrebt sein, die Massen zu gewinnen, ohne mit den Geigen in Konflikt zu kommen und andererseits müssen wir rücksichtslos gegen unsere Widersacher von rechts und links vorgehen. Deshalb ist eine lose Zentralisation dringend notwendig. — Schantz Witter erklärte sich mit Entschiedenheit gegen den Vorschlag, der zu einer geistigen Diktatur führen würde. Auch der Vorstand der offiziellen sozialdemokratischen Partei nebst all den Vertrauensleuten wurden ursprünglich nicht auf Lebenszeit gewählt, das ganze System bringt es aber mit sich, daß sich eine Diktatur herausbildet. — Cigarrenmacher Herrmann bezeichnet es als unwahr, daß die Anarchisten die unabhängigen Sozialisten mit unsauberen Waffen bekämpfen. Zur Sache bemerkte er, daß jede Zentralisation, wenn sie auch noch so lose ist, eine perfide und gefährliche Macht erlangt und daher zur Unterdrückung führen wird. — Nachdem verschiedene Redner für und gegen den Vorschlag gesprochen, erklärt Buchdruckereibesitzer Wilhelm Werner: Wenn ich befürchte, daß die vorgeschlagene Organisation zur Diktatur führen würde, dann wäre ich der erste, der dagegen Front mache. Ich bin aber der Überzeugung, eine solche Furcht ist absolut grundlos. Ich wäre dafür, daß wir uns eine Organisation schaffen, wie sie — ich kann es ja heute sagen, bis 1884 in Berlin bestanden hat. Eine solche Organisation ist um so notwendiger, wenn wir in der Lage sein wollen, auch einmal gegen eine zentrale Macht einen Schlag zu führen. Ich bin den Anarchisten nicht feindlich gestellt, ich bin aber der Meinung, daß deren Zeit noch nicht gekommen ist. Vorläufig ist es notwendig, den Massen den unverfälschten revolutionären Sozialismus zu verzaubern und zwar umso mehr, da wissen, daß die offizielle sozialdemokratische Partei vollständig aufgehört hat, eine Partei des Proletariats zu sein. Schrieb doch der „Vorwärts“ in vergangener Woche vom „Lumpenproletariat in Ballonmützen!“ Und der sozialdemokratische Führer Paul Singer entblößte sich nicht, eine Resolution gegen den Berliner Janus annehmen zu lassen. (Rufe: Pfui!) Die bürgerliche Gesellschaft hat doch das „Lumpenproletariat“ geschaffen. Ein Pfui über einen solchen sozialdemokratischen Führer. Es ist bedauerlich, daß wir dieser Partei, die eine vollständig possibilistische, eine Zweckmäßigkeits-Partei geworden und gänzlich ins bürgerliche Fahrwasser gerathen ist, nicht früher den Rücken gefehlt haben. Die Organisation ist aber auch um deshalb notwendig, da es nicht ausbleiben dürfte, daß die bürgerliche Gesellschaft uns mit schweren Strafen belegen wird. Wir sind doch verpflichtet, wenigstens die Frauen und Kinder unserer wegen ihrer Überzeugung inhaftirten Genossen zu unterstützen. Dies können wir aber nur durch eine Organisation bewirken. Wir fürchten uns weder vor der bürgerlichen Gesellschaft noch vor dem Gefängnis, wir werden doch mit keine Furcht vor einer Organisation haben. (Beifall und Wiederpruch.) — Schließlich wurde dem Vorschlag auf Bildung einer Organisation zugestimmt und als Vertrauensmänner gewählt Schuhmacher Aumer für den ersten, Restaurateur Niemetscheck für den zweiten, Tischler Bielick für den dritten, Arbeiter Großmann für den vierten, Handlungsgehilfe Höfer für den fünften und Tischler Weiß für den sechsten Wahlkreis.

Lokales.

Posen, den 5. März.

* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Pogorzelice von gestern 1,62 Meter, heute 1,73 Meter, aus Schrimm von heute 1,87 Meter.

br. Thierauflerei. Gestern mußte einer Witwe aus Bischow auf dem Wilhelmsplatz das eine Pferd ihres Fuhrwerks ausgezogen werden, weil dasselbe an den Beinen aufgeschlagene Wunden hatte und so ermatzt war, daß es vor dem mit Ziegeln beladenen Wagen nicht mehr vorwärts konnte.

br. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden am Freitag drei Personen wegen Bettelns, ein Mann wegen Landstreitens und zehn Personen, welche Schulstrafen in Höhe von 15 Stunden bis zu 7 Tagen zu verbüßen hatten, sowie ein Schneidergeselle, welcher im Verdacht steht, mehrere Kleidungsstücke entwendet zu haben. — Polizeilicherseits ist am Freitag Vormittag einer Arbeitersfrau auf der Venetianerstraße ein Hund Besen abgenommen worden, über deren redlichen Erwerb sie sich nicht ausweisen konnte. — Beschlagnahm wurde am Freitag Vormittag auf dem Fleischmarkt ein roher Schinken, welcher vollständig mit Fäden durchsetzt war.

Handel und Verkehr.

** Wien, 4. März. Ausweis der österr.-ungar. Staatsbahn (Österreichisches Reg.) für den Monat Februar 1507 828 fl., Mindereinnahme gegen den entsprechenden Zeitraum des vorigen Jahres 203 462 fl.

** Paris, 3. März. Bankausweis.
Baarvorwahl in Gold 1 389 270 000 fln. 7 093 000 Frs.
do. in Silber 1 263 926 000 fln. 2 045 000 "
Portef. der Hauptb. und der Filialen 672 022 000 Abn. 4 414 000 "
Notenumlauf 3 144 296 000 fln. 78 121 000 "
Lauf. Rechn. d. Priv. 441 637 000 Abn. 13 683 000 "
Guthaben des Staats- schatzes 225 272 000 Abn. 85 726 000 "
Gefämm-Vorschüsse 338 908 000 fln. 880 000 "
Bins- und Diskont-Er- träge 5 056 000 fln. 467 000 "

Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorwahl 84,38.

** London, 3. März. Bankausweis.
Totalreserve 16 416 000 Abn. 304 000 Pf. Sterl.
Notenumlauf 25 013 000 fln. 422 000 =
Baarvorwahl 24 979 000 fln. 119 000 =
Portefeuille 29 777 000 fln. 1 017 000 =
Guthaben der Privaten 28 286 000 fln. 207 000 =
do. des Staats 10 201 000 fln. 499 000 =
Notenreserve 15 102 000 Abn. 363 000 =
Regierungssicherheiten 10 785 000 fln. 279 000 =
Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 42% gegen 44% in der Vorwoche.

Clearinghouse-Umsatz 151 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs weniger 17 Millionen.

Märkberichte.

(Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.)
W. Posen, 5. März. [Getreide- und Spiritus-Wochenbericht.] Nachdem die Witterung in der Vorwoche bereits frühlingmäßig warm war, stellte sich mit Beginn dieser Woche bei scharfem Nordostwind wieder Frost ein, welcher sich am Donnerstag bis auf 12 Grad C. steigerte. Auf den Feldern liegt wenig Schnee und dürften die Winterlacten durch den Frost vereinzelt gefilzt haben. Die Getreidezufuhren waren in der abgelaufenen Woche schwach und rührten zum größten Theil aus zweiter Hand her. Das Angebot von feinen Qualitäten wird immer geringfügiger. Von Roggen und Weizen werden aus der Provinz größere Posten direkt nach Schlesien dirigirt, die unferem Platz entzogen werden. Aus Westpreußen fanden hier vermehrte Bahnzufuhren von Sommergetreide heran. In Folge starker hervorbrechender Konsum- und Exportfrage zeigte der Geschäftsverkehr ein festes Gepräge und zogen fast sämtliche Cereale mehr oder weniger im Preise an. Von den hiesigen Lägern wurden größere Posten zum Bahnversandt absorbiert.

Für Weizen bestand seitens unserer Müller eine regere Kauflust und wurden höhere Forderungen mit Leichtigkeit durchgeführt, 210—224 M.

Roggen war gefragter und wurde auch etwas besser bezahlt. Zu Verbandzwecken wurde Vieles gefauft, 207—213 M.

Gerste in wirklich seiner Ware knapp, andere wenig beachtet, 145—170 M.

Hafser konnte man bei etwas besseren Preisen leicht placiren, 152—162 M.

Erbse, speziell Kochware, waren gefragt und erzielten Verkäufer höhere Forderungen; Futterware 162—170 M., Kochware 190—205 M.

Lupinen an Saatzwecken besser verkauflich und etwas höher, blaue 65—75 M., gelbe 75—82 M.

Widen behaupteten sich voll im Preise, 120—128 M.

Spiritus. Die abgelaufene Berichtswoche brachte nur ganz unwesentliche Preisschwankungen und schließen Notrungen fast unverändert wie zum Schluss der Vorwoche. Die Situation des Marktes ist andauernd ruhig, da für Rohware jeder Abzug fehlt und die hier eintreffenden Zufuhren zu Lager genommen werden müssen. Ab Bahnstationen gelieferte Ware findet auf frühere Verschlässe nach dem Königreich Sachsen und nach Berlin Verwendung. Das hier lagernde Quantum beträgt bereits 3½ Millionen Liter, wovon sich ca. 2½ Millionen in Händen der Spiritfabriken befinden. Für Spiritt ist der Absatz nach wie vor ein recht schwerfälliger und sind die Fabriken nur sehr mäßig beschäftigt.

Schlusstufe: Loko ohne Faz (50er) 62,40 M., (70er) 48,60 M.

** Berlin, 4. März. Central-Markthalle. Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Central-Markthalle. Marktlage. Fleisch. Wäßige Zufuhren, ruhiges Geschäft. Schweinefleisch etwas höher bezahlt. Wild und Geflügel. Sehr geringe Wildzufuhren, Rehe höher bezahlt. Bahnes Geflügel knapp, lebhafte Geschäft, Preise gut. Fische. Zufuhr knapp, Preise hoch und fest. Grüne Heringe erheblich gestiegen. Butter und Käse ruhig, Preise unverändert. Gemüse. Spinat, Rhabarber, Grünkohl, Weißkohl und seiner Blumentohr höher bezahlt. Obst und Süßfrüchte. In Folge des Frostwetters still.

Kettsch. Rindfleisch Ia 55—58, IIa 46—54, IIIa 35—45. Kalbfleisch Ia 57—65 M., IIa 30—50. Hammelfleisch Ia 48—55, IIa 35—48. Schweinefleisch 49—56 M., Baconer do. 49—51 M., Serbisches 47—48 M., Russisches 47 M. p. 50 Kilo.

Geräuchertes und gefalzenes Fleisch. Schinken ger. m. Knochen 70—83 M., do. ohne Knochen 90—110 M., Lachs-Schinken 110—140 M. Soeck. ger. 68—72 M., harte Schlagschinken 100—140 M., Gänsebrüste 120—140 M. p. 50 Kilo.

Wild. Rehe Ia p. 1/2 Kilo 85—105 Pf. do. IIa. do. 65 bis 75 Pf., Rothwoll. p. 1/2 Kilo 40—50 Pf., do. leichtes do. — Pf. Damwild p. 1/2 Kilo 58—60 Pf., do. leichtes do. — Pf. Wildschweine p. 1/2 Kilo — Pf. Ueberläufer, Frischlinge — Pf. Wilderten — M.

Bahnes Geflügel, lebend. Gänse, junge, p. St. — M. Enten do. 3,00 M., Puten do. — M., Hühner, alte do. — bis — M., do. junge do. — M., Tauben do. 67 Pf. Bahnes Geflügel, geschlachtet. Gänse per 1/2 Kilo — Pf., Enten, p. Stück 1,80—2,25 M., Hühner Ia. p. Stück 1,40—1,90 M., do. IIa. 1,00—1,30 M., do. junge — M., Kapuinen — M., Tauben do. 64—70 Pf., Puten p. 1/2 Kilo 55—80 Pf.

Fische. Hechte, p. 50 Kilo 79—84 M., do. große do. 55 M., Bander, 100 M., Barsche, 60 M., Karpfen, große, 90 M., do. mittelgr. do. 75—81 M., do. kleine do. 60—65 M., Schleie 91—95 M., Bleie do. 47—54 M., Aale, große, 90—120 M., do. mittelgroße do. 72—80 M., do. kleine do. — M., Quappen do. 44 M., Karasulen do. — M., Röddow do. — M., Wels do. — M.

Schaltiere. Krebse, große, über 12 Ctm. p. Schod — Markt, do. 11—12 Ctm. 5—6 M., do. 10—11 Ctm. 2,50 M.

Butter. Schle. pom. u. pol. Ia. 116—120 M., do. do. 108—114 M., gerig. Hobsutter 90—105 M., Vandbutter 75 bis 90 M., Poln. — M. p. 50 Kilo.

Eier. Pom. Eier mit 6 p.C. Rab. — M., Brimo-Ritterei mit 8% p.C. do. 2 Schod p. Kiste Rabatt 2,65 bis 2,85 M., Durchschnittswaare do. — M. p. Schod.

Obst. Musäpfel p. 50 Liter 5,00—6,00 M., Birnen, p. 50 Kg. Jungetiner 6,00 M., diverse Sorten p. 50 Ltr. — M., Weintrauben, Ital. p. Kilo — Pf., do. Almeria p. Sextos — M.

Bromberg, 4. März. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen gefunde Mittelqualität 200—210 M., geringe Qualität 185—199 M., feinster über Notiz. — Roggen gesunde Mittelqualität 205—215 M., geringe Qualität 190—204 M., feinster über Notiz. — Gerste 150—165 M., Braugerste 165—170 M., — Erbsen Futter 150—160 M., Kochgerste 161—190 M., — Hafer 160 bis 165 M., Lupinen 65—85 M., — Spiritus 50er 64,50 M., 70er 45,00 M.

Marktpreise zu Breslau am 4. März.

Festsetzungen der städtischen Markt- Notrungskommission.	gute		mittlere		gering. Ware.	
	Höchst- Märk- ter	Brüder	Höchst- Märk- ter	Brüder	Höchst- Märk- ter	Brüder
Weizen, weißer	22 20	21 90	21 10	20 60	19 0	18 20
Weizen gelber	22 10	21 80	21 10	20 60	19 20	18 20
Roggen	100	22	21 60	20 90	20 60	19 40
Gerste	17 90	17 20	16 20	15 70	14 70	14 40
Hafer	14 80	14 30	14	13 50	13	12 50
Erbse	21	20 30	19 50	19	18	17 50

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission

feine mittlere ord. Ware.

Raps per 100 Kiloogr. 24,60 23,40 20,20 Markt.

Winterrüben . . . 24,10 22,70 20,—

Dotter 20,50 19,50 18,—

Schlagslein 23,— 21,— 18,—

Stettin, 4. März. Wetter: klar, Temperatur — 3 Gr. R.

Nacht — 8 Grad R., Barom. 771 mm., Wind: O.

Weizen unverändert, per 1000 Kilo 205—220 M., per April-Mai 216—216,25 M. bez., per Mai-Juni 217—217,5 M. bez., per Juni-Juli 218 M. Br. und Gd. — Roggen unverändert, per 1000 Kilo 205—210 M., feiner über Notiz, per April-Mai 219,5 M. Gd., 220 M. Br., per Mai-Juni 216,5 M. bez., 216 M. Br. und Gd., per Juni-Juli 215 M. Br. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo 150—177 M., — Hafer unverändert, per 1000 Kilo 150—159 M., — Spiritus matt, per 1000 Kilo. Br. ohne Faz 70er 44,4 M. nom., per April-Mai 70er 45,4 M. nom., per Aug.-Sept. 70er 46,7 M. nom. — Angemeldet: (Ostf. Btg.)

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Ware.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	3. März.	4. März.
fein Brodräffnade	29,50—29,75 M.	29,50—29,75 M.
fein Brodräffnade	—	29,25 M.
Gem. Räffnade	28,75—29,75 M.	28,75—29,50 M.
Gem. Weiz. I.	27,75—28,00 M.	27,75—28,00 M.
Krystallzucker I.	28,00—28,25 M.	28,00—28,25 M.
Krystallzucker II.	—	—

Tendenz am 4. März, Vormittags 11 Uhr: ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	3. März.	4. März.
Granulierter Buder	18,65—18,90 M.	18,65—18,90 M.
Kornzucker Rend. 92 Proz.	17,70—17,90 M.	17,70—18,00 M.
Nachr. Rend. 75 Proz.	14,40—15,80 M.	14,40—15,70 M.

Tendenz am 4. März, Vormittags 11 Uhr: ruhig.

Wochenumfang 235 000 Bentner.

** Leipzig, 4. März. [Wolbericht.] Kammzug-Termin-

Handel. La Plata. Grundmuster B. per März 3,32½ M., M. pr. April 3,35 M., pr. Mai 3,37½ M., M. pr. Juni 3,40 M., pr. Juli 3,40 M., pr. August 3,42½ M., M. pr. Septbr. 3,42½ M., pr. October 3,45 M., pr. Nov. 3,45 M., pr. Dezbr. 3,45 M., p. Jan. 3,45 M.

Umsatz 25 000 Kiloogr.